

Vorlage-Nr.: **0140-2011/DaDi** vom 19.05.2011

Aktenzeichen: 419-017

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kürzungen beim Ausbildungsbudget des Landes Hessen - Antrag der Fraktion Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die Kürzungen beim Ausbildungsbudget zurück zunehmen.

1. Der Kreistag stellt fest, dass kein junger Mensch ohne Ausbildung und damit ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt bleiben darf. Vielmehr ist es Aufgabe der Gesellschaft und des Staates, sicher zu stellen, dass jeder junge Mensch eine Ausbildung erhält.
2. Der Kreistag stellt fest, dass insbesondere Jugendliche, die Unter sozial benachteiligten Bedingungen aufwachsen, es angesichts der sozialen Selektivität unseres Bildungssystems besonderes schwer haben, einen für sie geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Sie sind daher auf unsere Unterstützung angewiesen, die im Rahmen des Ausbildungsbudgets erfolgt.
3. Der Kreistag stellt fest, dass der zunehmende Fachkräftemangel eher stärkeres Engagement des Landes Hessen bei der Qualifizierung von jungen Menschen erfordert.
4. Der Kreistag stellt darüber hinaus fest, dass eine Kürzung bei den Ausbildungsbudgets gegenüber den Kommunen ein erneuter Wortbruch wäre, nachdem bereits bei den Mindestvoraussetzungen für die Kindertagesstätten und der Schulsozialarbeit Zusagen des damaligen Sozialministers nicht eingehalten wurden. Dies bedeutet für den Landkreis Darmstadt- Dieburg ab 2012 verteilt auf Vier Jahre eine weitere Kürzung um 249.000 €
5. Der Kreistag fordert die Hessische Landesregierung auf, die Ausbildungsbudgets in der im Dezember 2010 angekündigten Höhe zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die Fraktion die Linke im Kreistag Darmstadt- Dieburg hält es für dringend erforderlich, die Kürzungen beim Ausbildungsbudget zurückzunehmen. „Kürzungen von rund 40 Prozent gegenüber den Zusagen, die noch im Dezember 2010 gemacht wurden, sind ein Skandal. So gibt es im Bereich der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen nach wie vor hohen Bedarf. Gerade diese Jugendlichen profitieren nicht von konjunkturellen Verbesserungen. Und diese Jugendlichen werden auch im Zuge demografischer Veränderungen nicht automatisch bessere Chancen haben.

Die Ergebnisse des IAB- Betriebspanels einen nach wie vor hohen Handlungsbedarf belegten. „Die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe ist rückläufig, es gibt insgesamt weniger Ausbildungsplätze. Der Anteil der Betriebe, die 2010 ausbildeten, ist mit 31 Prozent vier Prozentpunkte niedriger als noch zwei Jahre zuvor. Auch die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt ist 2010 unter dem Niveau von 2008.

Während 2009 noch ein Anstieg um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden konnte, sank die Zahl in 2010 um 2,6 Prozent. „Diese schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt trifft besonders die Jugendlichen, die Vermittlungshemmnisse gleich welcher Art haben. Wer hier die Mittel kürzt, verschärft die Probleme. Notwendig wären eher mehr Mittel, aber zumindest muss die im Dezember angekündigte Höhe gehalten werden.

In diesem Zusammenhang erinnern wir, die Fraktion DIE LINKE daran, dass das Land in der Vergangenheit schon mehrfach Zusagen gegenüber den Kommunen und Landkreisen nicht eingehalten habe. So gab es Versprechungen des damaligen Sozialministers, die Schulsozialarbeit mitzufinanzieren. Es gab eine Zusage des damaligen Sozialministers in Bezug auf die Finanzierung der höheren Aufwendungen durch die geänderten Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten. Wenn die kommunale Ebene überhaupt noch Vertrauen in Aussagen eines Landessozialministers haben soll, dann muss diese Kürzungsankündigung vom Tisch.

Die Kürzungen bei der Ausbildungsförderung bedeuten für den Landkreis Darmstadt- Dieburg verteilt auf vier Jahre, statt der 624.000 € lediglich 375.000 € zu erhalten. Dies ist kein Beitrag dazu die Haushaltssituation im Landkreis zu entschärfen.

„Wenn es Ziel der Ausbildungsbudgets bleiben soll, benachteiligte Jugendliche in Ausbildung zu bringen und ihnen zu einem Abschluss zu verhelfen, muss die ursprüngliche Höhe wieder eingestellt werden.